Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 4. Januar 2019

Bericht

4. IGB-Weltkongress in Kopenhagen



Der 4. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand vom 2. bis 7. Dezember 2018 in Kopenhagen statt. Ich hatte dafür eine Abgeordnetenreise beantragt und war als Beobachterin mit dabei. Diese Tage in Kopenhagen waren absolut beeindruckend: Mehr als 1.200 Gewerkschaftsvertreter_innen aus 132 Ländern kamen Anfang Dezember zusammen. Das Motto des Weltkongresses lautete: „Empowering Workers: Changing the Rules". Der Weltkongress war bunt, vielfältig und anregend, denn der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) ist immerhin die größte demokratische Organisation der Welt und vertritt mehr als 207 Millionen Arbeitnehmer_innen in 331 nationalen Gewerkschaften.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) war natürlich mit einer Delegation vertreten und es hat mich sehr gefreut, dass ich herzlich von der Delegation aufgenommen wurde. Aus dem Bundesvorstand waren Reiner Hoffmann, Elke Hannack, Annelie Buntenbach und Stefan Körzell in Kopenhagen und ebenso die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe. Ich hatte beim Weltkongress und bei den abendlichen Empfängen viele interessante Gespräche und von der DGB-Delegation habe ich viele wichtige und auch interne Informationen erhalten. Wichtig für mich waren beim Weltkongress vor allem die Debatten im Plenum, denn dann ging es um die jeweils spezifischen Lebens- und Arbeitsrealitäten aus der ganzen Welt. Spannend war aber auch die Wahl für das Amt der Generalsekretärin. Zwei Kandidatinnen, Susanna Camusso und Sharan Burrow, waren nominiert worden, und Sharan Burrow wurde mit knapper Mehrheit wiedergewählt.



Auftaktveranstaltung

Bei der Eröffnungsveranstaltung im Bella Center in der dänischen Hauptstadt wurde die Vielfalt der internationalen Gewerkschaftsbewegung mit künstlerischen Darbietungen aus den verschiedenen Regionen der Welt gefeiert. Die Präsidentin des dänischen Gewerkschaftsbundes, Lizette Risgaard, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und sagte: "wir sind, was wir sind und auch immer bleiben werden: die internationale Gewerkschaftsbewegung. Wir sind die größte Friedensbewegung der Welt, gestützt auf internationale Solidarität und Zusammenarbeit".



Der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen hat den IGB-Weltkongress herausgefordert, weiter zu gehen, als nur die Regeln neu festzulegen: "Warum nicht die Welt verändern?" Er beschrieb die Vision einer Welt, in der Gewerkschaften und Arbeitgeber eng zusammenarbeiten. Er sprach von einer Gesellschaft, in der die Menschen eine faire Chance haben, ungeachtet ihrer ethnischen oder sonstigen Herkunft.

Das Grußwort des Kopenhagener Bürgermeisters Jensen hat mich als Grüne besonders gefreut, denn er sprach von der grünen Umgestaltung seiner Stadt, die er als beispielhaft dafür bezeichnete, was mit Ehrgeiz und Entschlossenheit erreicht werden kann. "Die grüne Transformation ist ein globales Thema, aber sie zu erreichen, erfordert lokale Maßnahmen und lokale Federführung. Dasselbe gilt für den Kampf für die Arbeitnehmerrechte und eine faire Gesellschaft", erklärte er.

Die Rede von IAO-Generaldirektor, Guy Ryder, war kämpferisch und beeindruckend. In seiner Rede ging es um die Herausforderungen für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine faire Arbeitswelt. Er sprach von den Versäumnissen der Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Das Reallohnwachstum von 0,8 Prozent sei das niedrigste seit 2008. Das bedeute, dass die Ungleichheit und die soziale Ungerechtigkeit immer größer werden. Und er sagte deutlich, dass wir in einer Periode wachsender Wut und Enttäuschung leben und dass sich Hass, Rassismus und Nationalismus ausbreiten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen im IGB müssen sich dagegen stemmen.



Der schlechteste Boss der Welt

Vor dem Weltkongress gab es Umfrage. In Kopenhagen wurde dann das Ergebnis bekannt gegeben. Der schlechteste Boss der Welt ist Michael O'Leary von Ryanair. Bei der Abstimmung standen zehn Männer zur Auswahl. Der Gewinner ist der Mann, der einmal gesagt hat, dass eher "die Hölle zufrieren" würde, als dass es Gewerkschaften in seinem Unternehmen gibt. Ein Mann, der sein Unternehmen auf einem Niedrigkosten-/Niedriglohn-Geschäftsmodell aufgebaut hat und der sagt, dass Flexibilität der Schlüssel zu seinem Erfolg sei. Ein Mann, der Beschäftigte entlassen hat, weil sie eine Gewerkschaft gegründet haben. Ein Mann, der in diesem Jahr mit so vielen Streiks wie noch nie in der Geschichte seines Unternehmens konfrontiert wurde. Vor einem Jahr war Ryanair durch die Streiks gezwungen, Gewerkschaften anzuerkennen, und in 50 Prozent der Fälle gibt es jetzt tatsächlich Gewerkschaften oder einen Dialog. Die Botschaft des Weltkongresses war eindeutig: Der IGB wird dafür sorgen, dass Würde, Selbstachtung sowie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten von Ryanair Realität werden.

Die Debatten

Auf dem Kongress veröffentlichte der IGB zudem eine weltweite Meinungsumfrage, die ergab, dass 59 Prozent der Beschäftigten weltweit Probleme haben, finanziell zurechtzukommen, und oft nicht ihre



Grundbedürfnisse decken können oder sich verschulden. 23 Prozent der Beschäftigten denken, dass ihr Arbeitsplatz prekär ist. Und nur ein gutes Drittel der Beschäftigten (37 Prozent) glaubt, dass ihre Stimme von der Politik gehört wird. Diese Zahlen verdeutlichen die Fragilität des Weltwirtschaftssystems, die Bedrohung des sozialen Zusammenhalts und das Misstrauen vieler Menschen gegenüber der Demokratie. Und das wirkt sich auf alle aus, wenn es nicht endlich weltweit bessere Arbeitsbedingungen und ausreichend hohe Löhne gibt, die den Menschen in ihrem Heimatland ein Leben in Würde ermöglichen. Die Teilnehmer_innen des Weltkongresses stellten fest, dass die Regeln der Weltwirtschaft geändert werden müssten, um das Vertrauen wiederherzustellen. Gleichzeitig sendeten die Gewerkschafter_innen den Flüchtlingen und Migranten die Botschaft, dass sie an unseren Arbeitsplätzen und in unseren Gemeinschaften willkommen sind. Außerdem setzten sich die Teilnehmer_innen des Weltkongresses für eine Kampagne für den Frieden ein und für das Recht auf menschenwürdige Arbeit, das Recht auf sicheren Hafen und den Zugang zu öffentlichen Diensten, einschließlich Gesundheit und Bildung.

Die Debatten des Weltkongresses waren um vier große Themen herum strukturiert, um die künftige Arbeit des IGB zu gestalten. Hier werden einige wichtige Aspekte der Diskussion zusammengefasst.

Frieden, Demokratie und Rechte:

Der jährliche Globale Rechtsindex des IGB zeigt, dass die demokratischen Spielräume im letzten Jahr in 54 Ländern eingeschränkt wurden und dass die Zahl der Länder, in denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer körperlicher Gewalt und Drohungen ausgesetzt sind, während desselben Zeitraums auf 65 Länder gestiegen ist. In 59 Ländern wurden Gewerkschafter_innen verhaftet oder inhaftiert. Mehr Menschen denn je werden vertrieben. Die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu Frieden, demokratische Rechte und Freiheiten bedeutet, dass die Arbeitnehmer_innen sich dem entgegenstellen. Der Kongress verurteilte auch Terrorismus in all seinen Formen, ebenso wie Maßnahmen, die unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung individuelle und kollektive Menschenrechte verletzen. Bemühungen, die darauf abzielen, den Terrorismus zu besiegen, müssen bei den Ursachen ansetzen, insbesondere u.a. bei Armut, Ungerechtigkeit, Diskriminierung aus ethnischen und religiösen Gründen sowie Arbeitslosigkeit. Zudem müssen die Verbindungen zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität durch internationale Zusammenarbeit unterbrochen werden.



Der Kongress unterstrich seine solidarische Unterstützung aller Mitgliedsorganisationen, die gegen die Missachtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte mobilmachen und sich dagegen organisieren. Der Kongress verurteilt zudem vehement die Offensive der IAO-Arbeitgebergruppe seit 2012 gegen die allgemeine Anerkennung des Streikrechtes im Rahmen des Übereinkommens 87. Das Streikrecht ist seit Jahrzehnten im internationalen Recht verankert, in internationalen oder regionalen Instrumenten,

ebenso wie in den Verfassungen von mindestens 90 Ländern. Das Streikrecht ist Teil des Völkergewohnheitsrechts geworden. Ohne Streikrecht werden erwerbstätige Menschen zu Sklaven und den ausbeuterischsten und unsichersten Arbeitsbedingungen ausgesetzt, und die Möglichkeit wirksamer Tarifverhandlungen wird ihnen verweigert. Deshalb hat der Kongress seine Entschlossenheit bekräftigt, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene für dieses grundlegende Menschenrecht zu kämpfen.



Der Kongress beschloss auch, dass Gewerkschaften niemals akzeptieren werden, dass die Gefahr einer Verletzung, Erkrankung oder eines Todesfalls Teil der Arbeit sein darf. Das Recht auf Unterrichtung, auf Mitbestimmung und auf die Verweigerung von Tätigkeiten unter unsicheren Bedingungen ist ein Grundrecht. Die grundlegenden Normen der IAO sind ein unerlässliches Fundament für die Zukunft der Arbeit und Arbeitsschutznormen müssen Bestandteil der Kernarbeitsnormen für alle Beschäftigten sein, ungeachtet der Art ihres Arbeitsverhältnisses.

Regulierung der Wirtschaftsmacht

Für sechzig Prozent des Welthandels sind mittlerweile multinationale Unternehmen verantwortlich, deren Konzernstruktur auf Ausbeutung, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen entlang von Lieferketten basiert, mit weit verbreiteten Verstößen gegen innerstaatliche Arbeitsgesetze seitens der Lieferanten. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften weltweit zusammentun, um für menschenwürdige Arbeit zu kämpfen. Auf dem Verhandlungs- oder gesetzlichem Weg festgelegte Mindestlöhne müssen zwar ein menschenwürdiges Leben garantieren, aber die Arbeitnehmer_innen müssen auch die Möglichkeit haben, über ihre Gewerkschaften ungehindert kollektive Verhandlungen über Löhne, die den wahren Wert ihrer Arbeit widerspiegeln, sowie über menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu führen.

Unternehmerische Profitgier manifestiert sich durch den immer umfangreicheren Rückgriff auf Beschäftigte mit flexiblen und befristeten Arbeitsverhältnissen, anstatt unbefristete Festanstellungen vorzunehmen. Sie manifestiert sich zudem durch den Einsatz von Cloud- und/oder Plattform-Beschäftigten und unfreiwillig 'Selbstständigen'. Der IGB wird sich darum bemühen, diese Beschäftigungsformen zu begrenzen. Es soll sichergestellt werden, dass die Arbeitgeber keinen Vorteil dadurch haben, dass sie feste Verträge durch prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzen. Zudem möchte der IGB alle Beschäftigten, ungeachtet der Art ihres Arbeitsverhältnisses, organisieren und ihnen Rechte verschaffen, einschließlich des Rechtes auf Tarifverhandlungen. Die Maßnahmen in diesem Bereich haben hohe Priorität.



Korruption, Steuervermeidung und die Verschmutzung von Boden, Luft und Wasser sind tief in der Weltwirtschaft verankert, und die großen Konzerne entziehen sich ihrer Verantwortung für eine men-

schenrechtliche Sorgfaltspflicht, Beschwerdeverfahren und Abhilfe, wie in den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte gefordert. Der IGB wird die Globalen Gewerkschaftsföderationen und die Mitgliedsorganisationen beim Kampf für Steuergerechtigkeit unterstützen. Der Kongress beschloss zudem, dass der Kampf gegen sämtliche Formen unternehmerischer Profitgier und für die Regulierung der Wirtschaftsmacht im öffentlichen Interesse intensiviert werden muss. Der IGB will dann den Einsatz von Technologien bei der globalen Produktion in Frage stellen, wenn dadurch die Ungleichheit, einschließlich der Ungleichheit der Geschlechter, größer wird. Es ist an der Zeit, die Regeln neu festzulegen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird niemanden zurücklassen.

Globale Verschiebungen – gerechte Übergänge

Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird eine zunehmende Prekarisierung und Informalisierung der Arbeit unter dem Deckmantel der Innovation nicht akzeptieren und nicht zulassen, dass die Technologie die Beschäftigung polarisiert und die Ungleichheit irreversibel macht. Der IGB verlangt, dass sämtliche Veränderungen in der Welt der Arbeit im Rahmen gerechter Übergänge stattfinden. Die Veränderungsprozesse können und müssen der Mehrheit zugutekommen und dürfen nicht den Wohlstand und die Macht einiger weniger vermehren.



Die sich abzeichnenden technologischen Veränderungen haben vermutlich negative Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Angesichts der rapide voranschreitenden Digitalisierung, Automatisierung und Verschiebungen bei der Organisation der Produktionsverfahren führen zu noch mehr Unsicherheit für die Beschäftigten in Bezug darauf, wie ihre Arbeitsplätze von morgen aussehen werden, bezüglich schwindender Beschäftigungsmöglichkeiten, der Belastbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und der Zunahme der Ungleichheit durch den Lohndruck. Die Digitalisierung eröffnet aber auch neue Möglichkeiten mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, Kompetenzentwicklung und Einkommen. Die Digitalisierung stellt eine neue wirtschaftliche und soziale Herausforderung dar, mit Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrukturen, die Wertschöpfungsketten und die Machtverhältnisse. Deshalb beschloss der Kongress, dass dieser Übergang durch solide Strategien und staatliche Interventionen gestaltet werden muss und sich nicht ausschließlich an technischen Überlegungen und Profitstreben orientieren darf. Die Digitalisierung und Automatisierung müssen allen zugutekommen. In dieser Zeit der zunehmenden Digitalisierung bekräftigt der Kongress, dass Arbeit keine Ware ist.

Datenriesen wie Alibaba, Amazon, Apple, Facebook, Google und Weibo beherrschen nicht nur zunehmend unsere Daten, sondern auch das wirtschaftliche und soziale Leben, und in vielen Fällen verzerren sie die Politik auf nationaler und internationaler Ebene. Wenn statt Menschen Algorithmen und künstliche Intelligenz die Kontrolle übernehmen, droht der Welt der soziale Zerfall. Der Kongress drückte aus, dass die Regierungen für den Schutz der Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich seien und multinationale Unternehmen tragen für den Datenschutz gegenüber ihren Beschäftigten, Kunden und der Gesellschaft Verantwortung. Die Menschen müssen die demokratische Kontrolle über ihre Daten

behalten, um die Technologie für soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu nutzen, und die Beschäftigten müssen die Möglichkeit haben, eine Überwachung durch den Arbeitgeber am Arbeitsplatz und im Privatleben abzulehnen.



Das Pariser Klimaschutzabkommen liefert einen Fahrplan für Nachhaltigkeit, aber die Regierungen müssen ehrgeizigere Ziele verfolgen und für Investitionen in Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang sorgen. Leben und Lebensgrundlagen gehen durch den Klimawandel verloren, und eine Welt mit einem Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius ist nicht versicherbar. Die direkt betroffenen Beschäftigten müssen gerecht behandelt werden. Die Last des Wandels darf nicht auf diejenigen entfallen, die am wenigsten in der Lage sind, damit fertigzuwerden, noch auf Industrien, die unweigerlich Einbrüche erleiden werden, oder auf die Entwicklungsländer, die mehr Energie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung benötigen. Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten müssen sicherstellen, dass Länder, die reich geworden sind, während sie Treibhausgase emittiert haben, zusätzliche Verantwortung übernehmen. Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert Investitionen in nachhaltige und CO_2-arme Technologien. Das bedeutet den globalen Einsatz innovativer und effizienter Industrien, erneuerbarer Energien und intelligenter Energienetze. Die internationale Gewerkschaftsbewegung sieht in dieser Entwicklung eine große Chance für neue Arbeitsplätze sowie für Wachstum und Entwicklung auf regionaler Ebene. Die Kosten der Klimaschutzpolitik müssen aber zwischen den Ländern gerecht verteilt werden. Die Klimaschutzpolitik darf nicht die Einkommensungleichheiten vergrößern.

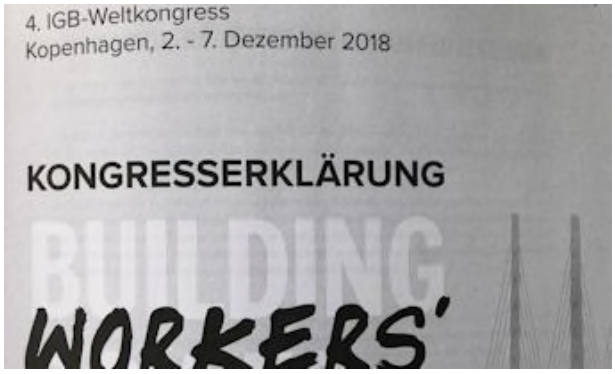
Gleichstellung



Der Kongress bekräftigte die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Nichtdiskriminierung und Ablehnung geschlechtsspezifischer Gewalt überall. Ebenso tritt der Weltkongress Sexismus, Rassismus, Homophobie, Transphobie, Altersdiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Unterdrückung entgegen. Die internationale Gewerkschaftsbewegung kämpft entschieden für soziale Teilhabe, gegen Diskriminierung von ethnischen Minderheiten und für Geschlechtergerechtigkeit in ihren eigenen Reihen, in den Arbeitsbeziehungen und der Politik.

Die Gewerkschaftsbewegung sendet eine feministische Botschaft der Gleichstellung und Solidarität. Die zentrale Botschaft der Gewerkschafterinnen lautet: Count Us In! - Nicht ohne uns! Der Kongress ist einer inklusiven und feministischen Gewerkschaftsbewegung verpflichtet, die die Unorganisierten organisiert, ob Wanderarbeitskräfte, Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, in Plattformunternehmen, in prekären, befristeten oder Leiharbeitsverhältnissen oder sonstigen Arbeitsformen, bei denen den Beschäftigten ihre Rechte und Schutzmaßnahmen vorenthalten werden.

Der Kongress fordert makroökonomische, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen, um das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltgefälle zu beseitigen und die Diskriminierung und den Ausschluss von Frauen und benachteiligten Menschen vom Arbeitsmarkt zu bekämpfen, u.a. durch Mutterschutz, bezahlten Elternurlaub, hochwertige öffentliche Pflege- und Betreuungsangebote für Kinder, ältere und kranke Menschen sowie eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung. Wenn die Frauenbeteiligung sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessert werden soll, ist es unerlässlich, dass die Regierungen Strategien entwickeln und umsetzen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu erhöhen. Der IGB prangert zudem geschlechtsspezifische Gewalt in all ihren Formen an und mobilisiert für die Annahme eines IAO-Übereinkommens, begleitet von einer Empfehlung, zum Thema „Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen und Männern in der Arbeitswelt", mit besonderem Fokus auf der geschlechtsspezifischen Dimension der Gewalt.



Der Weltkongress kritisiert, dass es selbst in den Ländern, die Antidiskriminierungsgesetze und Maßnahmen zum Schutz von LGBTQI eingeführt haben, regelmäßig zu sozialer Ausgrenzung, Schikanen und Mobbing, ungerechtfertigten Entlassungen und anderen LGBTQI-feindlichen Vorfällen kommt. Obwohl keine genauen Zahlen veröffentlicht werden, verfügen viele Länder über zu wenige oder unzulängliche Gesetze, um der Situation transsexueller und intersexueller Menschen gerecht zu werden. Die Gewerkschaften müssen eine Rolle beim Schutz der Menschen auf dem Arbeitsmarkt bzw. am Arbeitsplatz vor Diskriminierung spielen. Ebenso wenig können Gewalt und Diskriminierung gegenüber Arbeitskräften ethnischer Minderheiten, mit einem LGBTQI-, indigenen, Migrations- oder Flüchtlingshintergrund oder einer Behinderung toleriert werden.

Zum Abschluss des Weltkongresses haben sich die Gewerkschaften verpflichtet:

- in den nächsten vier Jahren so viele neue Mitglieder zu organisieren, dass der IGB zu einer 250 Mio. Mitglieder starken Organisation wird;
- einem neuen Gesellschaftsvertrag, bei dem Unternehmen, einschließlich Plattformunternehmen, dazu gebracht werden, Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen, sowie einem UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten;
- einem gerechten Übergang zu nachhaltigen Volkswirtschaften, um den Klimawandel zu bekämpfen und den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad oder weniger zu begrenzen;
- den Trend des Niedriglohnwachstums und zunehmender Ungleichheit durch Tarifverhandlungen, höhere Mindestlöhne und mehr Sozialschutz umzukehren;
- und das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen, Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen und verstärkt gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen.